Plenarrede am 8. Oktober 2026 von Dr. Bärbel Kofler, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur vereinbarten Debatte „Nachhaltigkeit und Zukunftsfragen“

Dr. Bärbel Kofler, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:
Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir heute über Nachhaltigkeit diskutieren, müssen wir uns einer sehr klaren und sehr einfachen Tatsache bewusst sein: Nachhaltigkeit ist in unser aller Interesse. Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung ist die Grundlage für Stabilität und Wohlstand. Das gilt in unserem Land, in Deutschland, und das gilt weltweit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Es geht nicht um das eine oder das andere, nicht um Wirtschaft *oder* Ökologie. Es geht um den bekannten Dreiklang: Es geht um wirtschaftliche Entwicklung, es geht um intakte natürliche Lebensgrundlagen, und es geht um soziale Gerechtigkeit. Nur dieser Dreiklang ist die Basis für eine lebenswerte Zukunft für alle.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Einige der Kolleginnen und Kollegen haben es bereits angedeutet: Natürlich müssen wir unsere Hausaufgaben hier bei uns in Deutschland machen. Der Aktionsplan „Nachhaltigkeit für ein modernes und zukunftsfähiges Deutschland“ wurde letzte Woche im Kabinett verabschiedet. Darin geht es ganz konkret um die Umsetzung sowohl der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wie auch der Agenda 2030 der Vereinten Nationen. Es geht also um konkrete, messbare Maßnahmen.

Gleichzeitig ist aber auch klar: Nationales Handeln ist wichtig vor Ort, Nachhaltigkeit ist aber auch eine globale Aufgabe. Es ist eine internationale Aufgabe, und sie lässt sich ausschließlich mit internationaler Zusammenarbeit, mit Kooperationen erreichen.

Dass die Welt eng verbunden ist, sollten wir in diesem Sommer gelernt haben. Während wir auf der einen Seite in Nepal Gletscherabbrüche gesehen haben, die zu gewaltigen Flutwellen geführt und Dörfer in kürzester Zeit unter sich begraben haben, die Menschenleben zerstört und vernichtet haben, haben wir auch in Deutschland und Europa gesehen, wie gewaltig sich nichtnachhaltiges Handeln auswirken kann: Wälder brannten in Europa, die Flüsse hatten niedrigste Pegelstände.

Und ganz ehrlich: Ich weiß wie viele Kollegen aus Gesprächen und aus dem Erleben in den eigenen Wahlkreisen: Wassermangel ist auch hier ein Thema, sowohl in manchen Ortschaften für die Menschen als selbstverständlich auch in der Landwirtschaft angesichts trockener Felder und nicht genügend Trinkwasser für die Tiere.

(Beifall der Abg. Dunja Kreiser [SPD])

Eines ist also klar: Die Klimakrise bzw. die Folgen des Klimawandels betreffen uns alle, und sie sind bei uns sichtbar und spürbar; viele Menschen spüren sie mittlerweile auch bei uns. Klar ist aber leider auch: Am härtesten betroffen sind diejenigen, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben. Es trifft vor allem Menschen in den Ländern des Globalen Südens.

(Derya Türk-Nachbaur [SPD]: Genau!)

Es zeigt sich also ganz deutlich: Es geht einerseits um Nachhaltigkeit, um den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, um Umwelt- und Klimaschutz. Es geht aber auch darum, die zugrunde liegende Verantwortung für eine gerechtere Welt gemeinsam zu tragen.

Von dieser gerechteren Welt sind wir meilenweit entfernt. Im Gegenteil: Die Welt wird immer ungerechter. Wer den letzten World Inequality Report gelesen hat, kennt die Zahlen: Die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung besitzen drei Viertel des weltweiten Vermögens.

(Zuruf der Abg. Mayra Vriesema [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die ärmere Hälfte muss sich mit 2 Prozent zufriedengeben. Zwei Drittel der Menschen leben in Ländern, in denen die Ungleichheit wächst.

(Karsten Hilse [AfD]: Zum Beispiel in Deutschland!)

Und ungefähr 3,4 Milliarden Menschen leben in Ländern, deren Regierungen mehr für den Schuldendienst ausgeben müssen, als sie in Gesundheit, in Bildung oder auch in Abmilderung des Klimawandels investieren können.

(Karsten Hilse [AfD]: So wie Deutschland!)

Diese Konzentration von Reichtum in den Händen weniger und die wachsende Ungleichheit sind etwas, das den Zusammenhalt unserer Gesellschaften schwächt und gefährdet. Sie gefährden Demokratie und leider auch die Stabilität vieler Länder.

Wer also etwas zur Nachhaltigkeit beitragen will, darf das Thema Ungleichheit nicht ignorieren; im Übrigen betrifft dies eines der 17 Nachhaltigkeitsziele.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Drei kurze Beispiele, wo man ansetzen kann:

Erstens. Es geht um die gerechte Finanzierung nachhaltiger Entwicklung. Dazu tragen auch effektive und faire Steuersysteme bei.

(Zuruf des Abg. Dr. Fabian Fahl [Die Linke])

Ja, alle Staaten – alle Staaten! – brauchen Spielräume, um in Bildung, Gesundheit und Klimaschutz investieren zu können. Es gilt international, was auch bei uns gelten muss: Starke Schultern tragen mehr als schwache.

Es ist deshalb gut, dass bei der UN-Generalversammlung vor zwei Wochen das Thema Ungleichheit große Unterstützung erfahren hat. Das International Panel on Inequality wird uns – davon bin ich überzeugt – wesentliche Erkenntnisse liefern, welche Maßnahmen wir politisch ergreifen können und müssen, um das Thema Ungleichheit nachhaltig angehen zu können.

Zweitens. Die gelieferten Daten und Fakten zeigen: Wir brauchen eine starke internationale Zusammenarbeit. Wir brauchen einen starken Multilateralismus. Und im Zentrum dessen brauchen wir starke Vereinte Nationen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb unterstützen wir als Bundesregierung insbesondere die Reform der UN-Organisationen.

Und drittens. Wir brauchen eine stärkere Beteiligung der Länder und der Menschen aus dem Globalen Süden; denn diese Entscheidung betreffen sie ganz nachhaltig.

(Dr. Fabian Fahl [Die Linke]: Dann hören Sie auf, da zu kürzen!)

Auch deshalb hat die Bundesregierung in dieser Woche die entwicklungspolitische Nord-Süd-Kommission auf den Weg gebracht. Sie wird uns helfen, die internationale Zusammenarbeit zu stärken und Vorschläge zu machen, wie wir den großen globalen Herausforderungen gut begegnen können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Weltgemeinschaft trifft sich jedes Jahr in New York, um Zwischenbilanz zu ziehen: Wie weit sind wir bei der Erreichung der Ziele der Vereinten Nationen, der Agenda 2030, gekommen? Ich möchte vorwegschicken: Diese Agenda ist dringend notwendig. Ohne diese Agenda wären wir nicht an dem Punkt, an dem wir sind. Leider muss man zugestehen und deutlich machen, dass wir bisher nur bei 35 Prozent der Ziele auf Kurs sind. Es bleibt also noch viel zu tun.

Wir müssen an diesen Nachhaltigkeitszielen festhalten. Wir müssen dazu beitragen, dass sie konstruktiv und engagiert weiterentwickelt werden – über das Jahr 2030 hinaus. Dazu hat sich die Bundesregierung verpflichtet.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)